



Markt Kirchseeon

NIEDERSCHRIFT über die öffentliche

Sitzung des Marktgemeinderates

vom 25. Januar 2021
ATSV-Halle

Vorsitz:

Jan Paeplow, Erster Bürgermeister

Hinweis der Verwaltung:

Die nachfolgende Sitzungsniederschrift enthält aus Datenschutz- und Urheberrechtsgründen keine Anwesenheitsliste, keine Anlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und keine Namensangaben von Gemeinderatsmitgliedern und Verwaltungsmitarbeitern.

Redebeiträge von Gemeinderatsmitgliedern und Verwaltungsmitarbeitern werden in nicht personifizierter Form wiedergegeben.

Eine datenschutzkonforme Anpassung der Sitzungsniederschrift (in der Form, wie sie der Markt Kirchseeon derzeit geführt) ist für eine Veröffentlichung im Internet unentbehrlich.

Bitte beachten Sie, dass diese Sitzungsniederschrift nicht der Originalniederschrift entspricht, die in der Verwaltung zur Einsichtnahme nach Art. 54 GO für alle Gemeindebürger zur Verfügung steht.

Öffentliche Sitzung:

1.)	Bürgerfragen
2.)	Genehmigung der Niederschrift vom 04.01.2021
3.)	Bürgerbeteiligung an zwei Betreibergesellschaften der EBERwerk GmbH & Co. KG Hier: Beteiligung der kommunalen Gremien
4.)	Satzung des Marktes Kirchseeon über abweichende Maße der Abstandsflächentiefe Hier: Erlass
5.)	Baumfällungen auf dem Gelände des Berufsförderungswerk Hier: Sachstandbericht
6.)	Eingabe an den Marktgemeinderat Kirchseeon Hier: Corona-Maßnahmen
7.)	Bekanntgaben und Ratsanfragen

Sitzungsbericht:

Der Vorsitzende, Erster Bürgermeister Jan Paepflow eröffnete um 19.30 Uhr die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates vom 25.01.2021.

Alle Marktgemeinderatsmitglieder waren ordnungsgemäß geladen und mehrheitlich erschienen. Das Gremium war damit beschlussfähig im Sinne von Art. 47 Abs. 2 GO.

Gegen die Tagesordnung wurden keine Einwendungen erhoben.

Das Ergebnis der Beratung zu den Tagesordnungspunkten 1 bis 6 ist den nachfolgenden Beschlüssen, die Bestandteil dieser Sitzungsniederschrift sind, zu entnehmen.

Öffentliche Sitzung

1.)	Bürgerfragen
------------	---------------------

Sachverhalt:

Aus der anwesenden Bürgerschaft fragte ein Bürger nach regelmäßigen Zwischenberichten der Verwaltung zur Umsetzung des gemeindlichen Klimaschutz- und Energiekonzeptes, umso den Kirchseeoner Bürgern Entwicklungen zur Erreichung der Klimaschutzziele aufzeigen zu können.

Der Vorsitzende sagte, dass über die Umsetzungsprozesse von der Klimaschutzmanagerin der Gemeinde regelmäßig Berichte verfasst werden. Zusätzlich sei für das Jahr 2021 ein detaillierter Energiebericht und ein umfassender Rechenschaftsbericht in der Bürgerversammlung geplant.

2.) Genehmigung der Niederschrift vom 04.01.2021

Sachverhalt:

Die Sitzungsniederschriften sind nach Art. 54 Abs. 2 GO vom Marktgemeinderat zu genehmigen. Nach Genehmigung durch den Marktgemeinderat wird die Sitzungsniederschrift eine öffentliche Urkunde und kann ab diesem Zeitpunkt nur mit Zustimmung des Marktgemeinderates geändert werden.

Die Niederschrift der Sitzung vom 04.01.2021 ist als Anlage zu TOP 2 im RIS hinterlegt.

Diskussionsverlauf:

Ein Gemeinderatsmitglied fragte nach, ob die mit ihr besprochenen Ergänzungen nachträglich noch aufgenommen wurden.

Der Vorsitzende erklärte, dass das Protokoll entsprechend ergänzt und die aktuellste Version im RIS hinterlegt wurde.

Da die Mitglieder des Marktgemeinderates über die Anpassung nicht mehr in Kenntnis gesetzt wurden, kam das Gremium überein, die Genehmigung der Niederschrift vom 04.01.2021 in die nächste Sitzung zu vertagen.

3.) Bürgerbeteiligung an zwei Betreibergesellschaften der EBERwerk GmbH & Co. KG
Hier: Beteiligung der kommunalen Gremien

Sachverhalt:

Das EBERwerk wurde 2017 von 19 Landkreiskommunen gegründet, um die Stromnetze im Landkreis zu kommunalisieren und die Energiewende im Landkreis umzusetzen. Insbesondere planten die Gemeinden, dass das EBERwerk in Zusammenarbeit mit den bestehenden Energiegenossenschaften und weiteren energiewirtschaftlichen Akteuren im Landkreis weitere Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Energiewende aufbauen soll.

Das EBERwerk hat bis dato diesen Auftrag erfolgreich umgesetzt: im Jahr 2018 wurde die mehrheitliche Kommunalisierung der Stromnetze mit dem Erwerb eines 51% Anteils an der EBERnetz GmbH & Co. KG vollzogen. Im Jahr 2019 wurde eine regionale Strommarke EBERstrom und das Geschäftsfeld Photovoltaik aufgebaut. Am seit Jahrzehnten gewachsenen Bestand von aktuell etwa 80 Megawatt installierter Photovoltaik-Leistung im Landkreis konnte das EBERwerk seit Mitte 2019 bereits ca. 4 Megawatt beitragen.

Neben dem Ausbau von Photovoltaik im privaten und gewerblichen Bereich plant das EBERwerk auch deutlich größere Projekte. Beispielsweise wird das EBERwerk bei Markt Schwaben Anfang 2021 eine Photovoltaik-Freiflächen-Anlage mit 1,5 Megawatt Leistung in Betrieb nehmen. Weitere Freiflächen-Anlagen bei Oberlauring und Nettelkofen befinden sich in der Planungsphase.

Solche großen Projekte bieten sich für die Bürgerbeteiligung an, um die Bürger/innen an den EBERwerk-Erzeugungsanlagen in Ihrer Nachbarschaft teilhaben zu lassen und um die Bürger/innen als Kunden für weitere Angebote des EBERwerks zu gewinnen.

Um dies zu ermöglichen, ist die Gründung von Betreibergesellschaften für diese Projekte erforderlich, an denen sich neben dem EBERwerk Bürgerenergiegenossenschaften beteiligen können (mittelbare Bürgerbeteiligung). In diese Gesellschaften kann das EBERwerk dann bestehende (bspw. PV-Haus) oder neue Anlagen (bspw. PV-Oberlauring) einbringen.

Die Gründung von Betreibergesellschaften, die konkret auf die Realisierung und den Betrieb des jeweiligen Projekts bezogen sind, bietet weitere Vorteile:

- Einbindung von wichtigen Projektpartnern (neben Bürgerenergiegenossenschaften bspw. Projektentwickler oder Vermarktungspartner).
- Beschränkung der Risiken auf die jeweilige Betreibergesellschaft (z.B. Gesellschaft mit beschränkter Haftung).
- Zuschnitt der Finanzierung auf das jeweilige Projekt (z.B. Kredite mit der konkreten Anlage als Kreditsicherheit).
- Steigerung der Akzeptanz des Projekts (Bürgerbeteiligung).

Die Gründung und Beteiligung an Betreibergesellschaften fällt laut Satzung in den Zuständigkeitsbereich der Gesellschafterversammlung des EBERwerks. Dieses Gremium setzt sich aus den Vertretern der Kommunen zusammen, in der Regel die ersten Bürgermeister.

Per Konsortialvertrag zwischen den Kommunen ist geregelt, dass die Entscheidungen der Gesellschafterversammlung kein laufendes Geschäft im Sinne des Art. 37 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern sind. In der Praxis bedeutet dies, dass ein Beschluss der Gesellschafterversammlung erst dann vollumfänglich wirksam wird, wenn der Beschluss in den kommunalen Gremien der Gesellschafter (Stadt- bzw. Gemeinderat) mehrheitlich bestätigt wird.

In dieser Beschlussvorlage soll der Vertreter der Kommune eine Freigabe erhalten, in der Gesellschafterversammlung über die Beteiligung des EBERwerks an 2 Betreibergesellschaften wirksam abstimmen zu dürfen. Die beiden Betreibergesellschaften werden wie folgt beschrieben:

„Bürgerkraftwerk EBERstrom GmbH & Co. KG“ (Arbeitstitel)

Die PV-Anlage in Haus (Markt Schwaben) befindet sich aktuell im Eigentum des EBERwerks. Eine finanzielle Beteiligung der Bürgerenergie im Landkreis Ebersberg eG (BEG) ist vorgesehen. Hierzu soll die Betreibergesellschaft „Bürgerkraftwerk EBERstrom GmbH & Co. KG“ (Arbeitstitel) gegründet werden, die gemeinsam vom EBERwerk und der BEG getragen wird. Die angestrebte Rechtsform einer GmbH & Co. KG ermöglicht eine flexible Finanzierungs- und Beteiligungsstruktur. Darüber lassen sich die Risiken auf das Projekt begrenzen.

„Regionalstromspeicher Ebersberger Landkreis GmbH & Co. KG“ (Arbeitstitel)

Zu einer funktionierenden lokalen Energiewende gehören Energiespeicher, welche die Fluktuation der erneuerbaren Energiequellen ausgleichen und Ökostrom dann zur Verfügung stellen können, wenn er von den Verbrauchern benötigt wird. Der Standort der Photovoltaik-Anlage PV Haus bietet sehr gute Voraussetzungen für die Errichtung einer Batteriespeicheranlage (Platzangebot und Netzanschluss). Aus diesem Grund plant das EBERwerk einen Batteriespeicher zu errichten, um den Photovoltaik-Standort damit deutlich aufzuwerten.

Der vom EBERwerk beauftragte Generalunternehmer zur Errichtung der Photovoltaik-Freiflächen-Anlage Haus in Markt Schwaben, die Vispiron mit Sitz in München, bietet an, am Standort gemeinsam in den vom EBERwerk geplanten Li-Ionen-Batteriespeicher zu investieren. Vorteilhaft ist, dass der Netzanschluss der Photovoltaik-Anlage auch für den Speicher genutzt werden kann.

Aus folgenden Gründen soll eine „Regionalstromspeicher Ebersberger Landkreis GmbH & Co. KG“ (Arbeitstitel) zum Halten und Betreiben dieses Batteriespeichers gegründet werden:

- Erst die Gründung einer Betreibergesellschaft ermöglicht die Einbindung des Partners Vispiron
- Senkung des von der EBERwerk GmbH & Co. KG einzubringenden Eigenkapitalanteils durch Einbindung des Partners
- Aufbau von Know-How im Batteriespeicher-Segment mit erfahrenem Partner ohne große Investition
- Auslagerung von Projektrisiken und Fremdfinanzierung aus der EBERwerk GmbH & Co. KG in eigene Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Der Batteriespeicher soll in einer gemeinsamen Betreibergesellschaft des EBERwerks und der Vispiron errichtet und betrieben werden. Bei überschaubaren Risiken für das EBERwerk kann so das erste Batteriespeicherprojekt im Landkreis realisiert werden. Die Firma Vispiron bietet an, mit ca. 67% den Großteil des einzulegenden Eigenkapitals zu stellen und der „Regionalstromspeicher Ebersberger Landkreis GmbH & Co. KG“ (Arbeitstitel) zudem im Gegenzug für die Nutzungsrechte am Speicher für die Dauer von 10 Jahren eine feste jährliche Vergütung zu bezahlen.

Nach Vorliegen entsprechender Betriebserfahrung kann eine Bürgerbeteiligung auch in diesem Projekt in Betracht gezogen werden.

Zur Erörterung des beschriebenen Sachverhalts werden Vertreter des EBERwerks in der Sitzung anwesend sein.

Umweltauswirkungen des Beschlusses:

Es ergeben sich für die Kommunen keine zusätzlichen positiven Umwelt-Auswirkungen, da die betroffenen Umwelt-Projekte bereits umgesetzt (PV-Haus) bzw. geplant sind (Batteriespeicher). Sie können zwar ohne den vorliegenden Beschluss (Auslagerung der Projekte in Tochtergesellschaften) betrieben/umgesetzt werden, allerdings mit entsprechenden Auswirkungen für das EBERwerk hinsichtlich Finanzierung über Fremdkapital und Projektrisiken.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:

„Bürgerkraftwerk EBERstrom GmbH & Co. KG“ (Arbeitstitel):

Das EBERwerk hat ca. 1 Mio. € in die PV-Anlage Haus investiert. Das Projekt kann langfristig mit ca. 70-80 % Fremdkapital finanziert werden. Der verbleibende Eigenkapitalanteil des EBERwerks liegt bei ca. 200-300 T€.

Durch den vorliegenden Beschluss (Auslagerung des Projektes in eine Tochtergesellschaft mit beschränkter Haftung) lässt sich die Haftung auf das vom EBERwerk eingelegte Eigenkapital begrenzen. Zudem würde sich dieses Eigenkapital auf Bürgerenergiegenossenschaften (bspw. 98 T€) und das EBERwerk (bspw. 102 T€) aufteilen. Der Beschluss würde also dazu führen, dass die Chancen und Risiken der bestehenden PV-Anlage Haus künftig anteilig beim EBERwerk verortet sind und ein Teil bei den Bürgerenergiegenossenschaften liegt.

„Regionalstromspeicher Ebersberger Landkreis GmbH & Co. KG“ (Arbeitstitel):

Der vom EBERwerk geplante Batteriespeicher hat ein Investitionsvolumen von ca. 1 Mio. €. Das Projekt kann langfristig mit ca. 65 % Fremdkapital finanziert werden. Der verbleibende Eigenkapitalanteil des EBERwerks liegt bei ca. 350 T€.

Durch den vorliegenden Beschluss (Auslagerung des Projektes in eine Tochtergesellschaft mit beschränkter Haftung) lässt sich die Haftung auf das vom EBERwerk eingelegte Eigenkapital begrenzen. Zudem würde sich das Eigenkapital auf den Partner Vispiron (bspw. 230 T€) und das EBERwerk (bspw. 120 T€) aufteilen. Der Beschluss würde also dazu führen, dass die Chancen und Risiken des Projektes künftig anteilig beim EBERwerk verortet sind und ein Teil bei Vispiron liegt.

Diskussionsverlauf:

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden wurden seitens des EBERwerks zunächst die Ziele und Geschäftsfelder vorgestellt.

Daran schloss sich ein umfassender Sachvortrag zu den beiden Projekten des EBERwerks in Markt Schwaben (Photovoltaik-Freiflächen-Anlage + Batteriespeicheranlage) an. (siehe Sachverhaltsdarstellung; Präsentation im RIS)

Ein Gemeinderatsmitglied fragte nach, ob zu befürchten sei, dass potentielle Instandhaltungskosten für das Energienetz auf die Kommunen zukommen.

Der Vertreter des EBERwerks verneinte dies und sagte, dass derzeit kein Investitionsstau festzustellen sei.

Ein Gemeinderatsmitglied wollte wissen, wie sich das Prozedere darstellen würde, falls der Markt gemeinsam mit dem EBERwerk ein PV-Projekt mit Bürgerbeteiligung initiieren würde.

Der Vertreter des EBERwerks sagte, dass das EBERwerk in dem vorgelagerten Ausschreibungsverfahren grundsätzlich mitbieten und vorab Begehungen durchgeführt

werden. Bei solchen Projekten würde das EBERwerk den Kommunen ein Full-Service-Paket anbieten.

Ein Gemeinderatsmitglied kritisierte die vorgelegte Beschlussvorlage und führte aus, dass den Gemeinderäten darin entscheidungserhebliche Kernpunkte, u. a. Angaben zu Komplementär und Kommanditist, Beteiligungsstruktur, Bewertung des Knowhows vorenthalten werden. Weiter sagte sie, dass die Betreibergesellschaften neugegründet werden und zunächst die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen müssten; diese wurden von ihr in Frage gestellt. Außerdem monierte sie, dass dem Marktgemeinderat nicht aussagekräftige Zahlen und der zugrundeliegende Gesellschaftervertrag vorgelegt wurde. Sie schlug vor, den Beschluss entweder unter den Vorbehalt einer rechtsaufsichtlichen Prüfung zu stellen oder das zur Beschlussfindung notwendige Zahlenmaterial nachzureichen.

Der Vertreter des EBERwerks sagte, dass die geforderten, sehr vertraulichen Zahlen nicht offen in den kommunalen Gremien dargelegt werden können, sondern im Aufsichtsrat oder der Gesellschafterversammlung diskutiert werden.

Der Vorsitzende ergänzte, dass die zugrundeliegenden Vertragswerke einsehbar gemacht werden können. Nichtsdestotrotz sollte es Ziel sein, den Informationsfluss von den Gremien des EBERwerks in den Marktgemeinderat so gut es geht zu gestalten.

Ein Gemeinderatsmitglied befürwortete das vorgestellte PV-Freiflächen-Projekt in Form einer Bürgerbeteiligungsgesellschaft. Bezüglich der Batteriespeicheranlage bat sie um weitere Informationen zu Fa. Vispiron.

Der Vertreter des EBERwerks führte aus, dass es sich um ein mittelständisches Unternehmen mit Jahresumsatz im mittleren, zweistelligen Millionenbereich handle, das bereits mehrfach große PV-Projekte realisiert und sich als passender Partner für das EBERwerk erwiesen habe.

Ein Gemeinderatsmitglied sprach die Batteriespeicheranlage an und fragte nach der Amortisationsdauer. Diese würde dem Marktgemeinderat als Entscheidungsgrundlage dienen.

Der Vertreter des EBERwerks antwortete, dass sich der Invest ausgehend von einer Rendite von 6 - 7 % in etwa acht Jahren amortisieren werde. Aufgrund der im Vergleich zu PV-Anlagen nicht langen Garantiezeiträume wäre ein schneller Kapitalrückfluss letztlich auch erforderlich.

Ein Gemeinderatsmitglied sprach sich dafür aus, die im Marktgemeinderat geäußerten Bedenken (z. B. Haftungs- und Finanzierungsfragen) hinten an zu stellen und stattdessen in den Vordergrund zu heben, dass durch das EBERwerk Projekte zur Erreichung der Klimaschutzziele im Landkreis Ebersberg umgesetzt werden. Weiter war er der Meinung, dass den Vertretern in den Gremien des EBERwerks auch das nötige Vertrauen entgegengebracht werden sollte. Zur Sicherstellung eines Vier-Augen-Prinzips in den Entscheidungsgremien des EBERwerks wäre es aus seiner Sicht unabdingbar, den Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung mit unterschiedlichen Personen zu

besetzen. Er plädierte außerdem für einen jährlichen, zukunftsorientierten Bericht, der nach Feststellung des Jahresabschlusses des EBERwerks im Marktgemeinderat vorgestellt und den Gemeinderäten gleichzeitig auch zugänglich gemacht werden könnte. Abschließend betonte er nochmals, dass die Fraktion Grüne Liste die vorgestellten Projekte sehr begrüße.

Ein Gemeinderatsmitglied befürwortete ebenso die geplanten Projekte des EBERwerks. Er schlug angesichts der momentan zu dünnen Entscheidungsgrundlage eine Vertagung der Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung vor.

Ein Gemeinderatsmitglied fragte nach, ob die im Beschlussvorschlag genannten Bedingungen zur Mandatserteilung gegenüber der Gesellschafterversammlung in rechtlicher Sicht Wirksamkeit erlangen.

Der Vertreter des EBERwerks sagte, dass mit den aufgeführten Bedingungen lediglich klargestellt werden soll, dass mit der Beschlussfindung kein allgemeiner Freibrief für die kommunalen Vertreter in der Gesellschafterversammlung erteilt wird.

Nach kurzer anschließender Beratung über eine Vertagung des Beschlusses fasste der Marktgemeinderat mehrheitlich nachstehenden Beschluss.

Der Vorsitzende bat die Fraktionen, der Verwaltung mitteilen, welches Zahlenmaterial und konkrete Unterlagen beim EBERwerk für die Beschlussfindung in der nächsten Sitzung am 15.02.2021 eingeholt werden sollen.

Beschluss 1:

Der Marktgemeinderat Kirchseeon beschließt, die Beschlussfassung über die Erteilung des Mandats des ersten Bürgermeisters in die nächste Sitzung am 15.02.2021 zu vertagen.

Abstimmungsergebnis: 20 JA Stimmen : 4 NEIN Stimmen

4.)	Satzung des Marktes Kirchseeon über abweichende Maße der Abstandsflächentiefe Hier: Erlass
------------	---

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 08.12.2020 teilten der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Städtetag mit, dass der Bayerische Landtag am 02.12.2020 den Gesetzesentwurf der bayerischen Staatsregierung zur Novelle der Bayerischen Bauordnung in zweiter Lesung verabschiedet hat.

Stellungnahme

Das Gesetzesvorhaben sieht unter anderem die Novelle des Abstandsflächenrechts mit einer Verkürzung der Abstandsflächentiefen von 1,0 H auf 0,4 H, in Gewerbe- und Industriegebieten von 0,25 auf 0,2 H (H = Wandhöhe des jeweiligen Bauwerks) mindestens jedoch 3 Meter vor. Da die Verkürzung für alle Gebäudeseiten gilt, wird zukünftig auf das sogenannte Schmalseitenprivileg verzichtet, das vor zwei Außenwänden mit weniger als 16 m Länge bisher nur ein halbes „H“ als Abstandsflächentiefe verlangte. Das führt – und dies ist die politische Intention des Gesetzgebers – zu einem Zusammenrücken der Baukörper (Nachverdichtung) in der zukünftigen Ortsentwicklung. Ausgenommen vom neuen Abstandsflächenrecht außerhalb von Kern-, Gewerbe-, festgesetzten Urbanen Gebieten und Industriegebieten sind alle Städte in Bayern über 250.000 Einwohner. Entgegen den ursprünglichen Planungen der Staatsregierung wird das neue Abstandsflächenrecht ohne Übergangsfrist bereits zum 01.02.2021 in Kraft treten.

Der Landesgesetzgeber hat mit dem neuen Abstandsflächenrecht aber auch erneut eine Satzungsbefugnis zur Festlegung abweichender Abstandsflächentiefen bis zu 1 H für die Städte und Gemeinden verabschiedet, die dies zur Verbesserung oder Erhaltung der Wohnqualität für erforderlich halten.

Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Städtetag haben in Abstimmung mit dem STMB und dem Bayerischen Landtag erreicht, dass die Rechtsgrundlage für einen Satzungserlass bereits zum 15.01.2021 in Kraft treten wird. Aus diesem Grunde wird es möglich sein, eine entsprechende Satzung bereits vor dem Inkrafttreten des neuen, verkürzten Abstandsflächenrechts zu beschließen und bekannt zu machen. Zur Begrenzung möglicher Baurechtseinschränkungen durch eine entsprechende Satzung empfiehlt sich, die gemeindliche Satzung zum 01.02.2021 zeitgleich mit dem Inkrafttreten der BayBO-Novelle in Kraft zu setzen.

Haushaltsrechtliche Auswirkung

Keine

Diskussionsverlauf:

Nach Sachvortrag durch den Vorsitzenden fasste der Marktgemeinderat ohne weitere Wortmeldung nachstehenden Beschluss.

Beschluss 1:

Der Marktgemeinderat beschließt die Satzung über abweichende Maße der Abstandflächentiefe (Abstandsflächensatzung) mit Wirkung vom 01.02.2021 zu erlassen.

Der Satzungsentwurf mit Rechtsstand 01.02.2021 ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: 24 JA Stimmen : 0 NEIN Stimmen

5.)	Baumfällungen auf dem Gelände des Berufsförderungswerk Hier: Sachstandbericht
------------	--

Diskussionsverlauf:

In seinem Sachvortrag führte der Vorsitzende unter anderem aus, dass die Fällungen nach erster rechtlicher Bewertung der Verwaltung und unter Berücksichtigung der problembehafteten, aber dennoch geltenden Baumschutzsatzung rechtmäßig ausgeführt wurden. Er betonte nochmals, dass die Fällungen ohne vorherige Absprache mit der Verwaltung zwischen den Weihnachtsfeiertagen und Neujahr vollzogen wurden und diese Vorgehensweise des BFW in moralischer Sicht zweifellos anzuprangern sei. Nichtsdestotrotz müsste der Markt wieder auf eine fachliche Gesprächsebene mit dem BFW zurückkehren.

Vom BFW wurden nun detaillierte Dokumentationen zu den Baumfällungen eingefordert; diese liegen inzwischen der Verwaltung vor und werden den Gemeinderatsmitgliedern im RIS bereitgestellt.

Der Vorsitzende sagte weiter, dass der nun erwartete Bauantrag für das Gesamtprojekt unter Berücksichtigung der Stellplatzsituation und des Mobilitätskonzeptes von der Verwaltung genau beurteilt werde.

Ein Gemeinderatsmitglied sagte, dass aus der Kennzeichnung in der Baumschutzsatzung auch interpretiert werden könne, dass die gefälltten Bäume sehr wohl als schützenswert eingestuft sind. Demzufolge vertrat sie die Auffassung, dass die Fällungen rechtswidrig ausgeführt wurden. Sie äußerte nochmals ihren Unmut über das Vorgehen des BFW.

Der Vorsitzende sagte abschließend, dass der in diesem Zusammenhang eingereichte Antrag in der kommenden Sitzung zur Abstimmung gestellt werde.

6.) Eingabe an den Marktgemeinderat Kirchseeon Hier: Corona-Maßnahmen
--

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 02.11.2020 hat sich der Petent mit folgenden Anregungen an den Markt gewandt:

1. Da FFP2-Masken inzwischen kostengünstig und in ausreichender Menge verfügbar sind (Preise bei Kleinmengen je nach Typ 3-5 €/Stück; Gesamtnutzungsdauer kann bei täglicher Kurzzeitznutzung mehrere Wochen betragen, mit Zwischenreinigungen) folgt die Marktgemeinde Kirchseeon dem Beispiel der Stadt Tübingen (<https://www.sueddeutsche.de/politik/tuebingen-palmer-senioren-sollen-nur-noch-morgens-einkaufen-1.5102483>) und verteilt baldmöglichst an alle Kirchseeoner Bürger ab Jahrgang 1955 kostenfrei mehrere FFP2-Masken (ausreichend für einen Zeitraum von rund 3-4 Monaten)
2. Die Verwaltung setzt sich mit den Betreibern der örtlichen Seniorenwohn- und pflegeheime in Verbindung damit baldmöglichst Schnelltests für das Personal und Besucher ermöglicht werden (so wie dies ein großer bayrischer Chemiekonzern in Kürze auch wöchentlich für seine mehrere tausend Mitarbeiter aus Österreich machen will), erforderlichenfalls mit finanzieller Förderung durch die Gemeinde.

Stellungnahme der Verwaltung:

Zu 1)

Entsprechend der Verordnung zum Anspruch auf Schutzmasken zur Vermeidung einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 vom 14.12.2020, die bereits im November medial diskutiert wurde, haben seit dem 15. Dezember 2020 folgende Personengruppen Anspruch auf FFP2-Masken:

1. die das 60. Lebensjahr vollendet haben oder
2. bei denen eine der folgenden Erkrankungen oder einer der folgenden Risikofaktoren vorliegt
 - a) chronisch obstruktive Lungenerkrankung oder Asthma bronchiale,
 - b) chronische Herzinsuffizienz,
 - c) chronische Niereninsuffizienz Stadium größer gleich 4,
 - d) Demenz oder Schlaganfall,
 - e) Diabetes mellitus Typ 2,
 - f) Aktive, fortschreitende oder metastasierte Krebserkrankung oder stattfindende Chemo- oder Radiotherapie, welche die Immunabwehr beeinträchtigen kann,
 - g) Stattgefundene Organ- oder Stammzelltransplantation,
 - h) Trisomie 21,
 - i) Risikoschwangerschaft.

Die anspruchsberechtigten Personen haben im Zeitraum vom 15.12.2020 bis zum Ablauf des 06.01.2021 einen Anspruch auf einmalig drei Schutzmasken. Vom 01.01.2021 bis zum

Ablauf des 28.02.2021 einen Anspruch auf einmalig sechs Schutzmasken und im Zeitraum von 16. Februar 2021 bis zum Ablauf des 15.04.2021 einen weiteren Anspruch auf einmalig sechs Schutzmasken. Die Eigenbeteiligung beträgt 2€ je sechs Schutzmasken.

Insoweit bestand und besteht aus Sicht der Verwaltung hier kein Handlungsbedarf.

Zu 2)

Bereits seit dem Oktober 2020 besteht eine Verordnung des Bundes zum Anspruch auf Testung in Bezug auf einen direkten Erregernachweis des Coronavirus SARS-CoV-2. Diese wurde 02.12.2020 nochmals überarbeitet und angepasst. Daraus ergibt sich, dass die Träger von Pflegeeinrichtungen ein einrichtungsbezogenes Hygiene- und Testkonzept durchzuführen haben. Pflegeheime und andere Einrichtungen des Gesundheitswesens müssen dem Gesundheitsamt dieses Testkonzept vorlegen. Das Gesundheitsamt legt dann fest, wie viele Antigen-Test (Schnell-Tests) eine Einrichtung beschaffen kann, bzw. wie viele von der Pflege- und Krankenversicherung finanziert werden. Die Menge ist abhängig von der Zahl der Menschen, die in der Einrichtung behandelt, betreut, gepflegt oder untergebracht werden. In stationären Pflegeeinrichtungen können z. B. bis zu 30 Tests pro Monat und Bewohner beschafft werden. Die Beschaffung der Tests übernehmen die Einrichtungen selbst. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) gibt auf der Homepage Hinweise zu Antigen-Schnelltests und führt eine Liste der erstattungsfähigen Antigen-Schnelltests. Die Tests können über die normalen Vertriebswege insbesondere über Apotheken, den Großhandel oder direkt vom Hersteller bezogen werden.

Die Einrichtungen in der Marktgemeinde hatten und haben entsprechende Hygiene- und Testkonzepte und führen die Testungen auch entsprechend diesen Vorgaben eigenverantwortlich, regelmäßig durch.

Die Verwaltung stand und steht im Austausch mit den Einrichtungen, Defizite insbesondere was die Beschaffung von (Schnell-)Tests oder Schutzmasken anbelangt, wurden bisher nicht geäußert.

Diskussionsverlauf:

Nach Sachvortrag durch den Vorsitzenden fasste der Marktgemeinderat ohne weitere Wortmeldung nachstehenden Beschluss.

Beschluss 1:

Der Marktgemeinderat nimmt die Eingabe zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung im Sinne der Sachverhaltsdarstellung zu antworten.

Abstimmungsergebnis: 24 JA Stimmen : 0 NEIN Stimmen

7.) Bekanntgaben und Ratsanfragen

Diskussionsverlauf:

Der Vorsitzende teilte mir, dass ab dem heutigen Tag im Eingangsbereich des Hallenbades die vom Freistaat zur Verfügung gestellten FFP2-Masken an pflegende Angehörige und bedürftige Bürger*innen ausgehändigt werden.

Weiter informierte er das Gremium über die neue Ordnerstruktur im angemeldeten Bereich des Ratsinformationssystem.

Zum laufenden Auswahlverfahren für die Trägerschaft der Kindertageseinrichtung Zauberwald berichtete er, dass derzeit regelmäßig Vorstellungsrunden interessierte Kooperationspartner stattfinden und diese anhand eines Punktesystems von einer Arbeitsgruppe bestehend aus Vertreter der Fraktionen, der Verwaltung und des Elternbeirats bewertet werden. Die finale Entscheidung über die Vergabe der Trägerschaft werde abschließend durch Votum im Marktgemeinderat erfolgen.

Ein Gemeinderatsmitglied verwies auf die erhöhten Gebührensätze für die Schmutzwasserbeseitigung, die zum 01.01.2021 von der VE gKU München Ost neu festgesetzt wurden. Er monierte, dass der Markt mit der Erhöhung im Vorfeld nicht konfrontiert wurde, obwohl die Gemeinde an dem Kommunalunternehmen beteiligt sei. Weiter sagte er, dass erhöhte Gebühren die Kirchseeoner Bürger gerade in Corona-Zeiten besonders fordern würden, da die Schmutzwassernutzung in der häuslichen Umgebung pandemiebedingt deutlich ansteigt. Angesichts der sehr unterschiedlichen Bevölkerungszuwächse in den Gemeinden des Landkreises Ebersberg, die letztlich für den Investitionsbedarf der VEMO verantwortlich seien, müssten seiner Meinung nach die Gebühren auch sozialgerechter verteilt werden. Er bat die Verwaltung, sich dieser Thematik anzunehmen und danach in einer der nächsten Sitzungen darüber zu diskutieren.

In Sachen Corona-Ausbruch im AWO Seniorenheim nahm ein Gemeinderatsmitglied kurz Bezug auf die Vorwürfe eines Bürgers gegenüber der Verwaltung und der Seniorenbeauftragten. Er erachtete das Verhalten des Bürgers schlichtweg als beschämend.

Ein Gemeinderatsmitglied fragte nach dem aktuellen Sachstand zu den E-Ladesäulen und den Fahrradabstellplätzen am Kirchseeoner Bahnhof.

Der Vorsitzende erklärte, dass inzwischen ein Angebot des EBERwerks als Kooperationspartner vorliegt und parallel dazu auch Gespräche mit ortsansässigen Unternehmern bzgl. alternativer Standorte geführt werden. Zu den Fahrradabstellplätzen sagte er, dass aufgrund geänderter Fördervoraussetzungen ein neues Verfahren zwingend angestoßen werden musste. Er zeigte sich jedoch zuversichtlich, dass das Projekt noch in der ersten Jahreshälfte 2021 zum Abschluss gebracht werden könnte.

Ein Gemeinderatsmitglied sprach die Geschwindigkeitsbegrenzung zwischen Kirchseeon-Dorf und Ortseingang Kirchseeon an, die nach Stellungnahme der Regierung durch das LRA teilweise wieder aufgehoben wurde. Sie wollte wissen, ob die Thematik mit Blick auf die Lärmschutzbelastung für die angrenzenden Wohnbebauungen von der Verwaltung aktiv weiterverfolgt werde.

Der Vorsitzende sagte, dass die jüngste Entscheidung des Landratsamtes in Teilen schwer nachvollziehbar sei und demzufolge auch eine gemeindliche Stellungnahme vorbereitet werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr folgten, schloss der Vorsitzende um 21:20 Uhr die öffentliche Sitzung.

Markt Kirchseeon

Vorsitzender

Jan Paepow
Erster Bürgermeister

Schriftführer